



11. Dezember 2020

## PRESSEMITTEILUNG

### **Einigung auf Corona-Einmalzahlung – Tarifrunde geht in die Verlängerung**

**Über 600.000 Beschäftigte der zur Caritas gehörenden Einrichtungen und Dienste werden eine zusätzliche, arbeitgeberfinanzierte Corona-Einmalzahlung erhalten. Das haben am Donnerstagabend die Dienstgeber- und die Mitarbeiterseite der Bundeskommission der Caritas beschlossen. In der laufenden Tarifrunde ist es in derselben Sitzung dagegen zu keinem Ergebnis gekommen.**

Die beschlossene Corona-Einmalzahlung wird an die Caritas-Beschäftigten entsprechend der Regelung im Öffentlichen Dienst ausbezahlt:

Bezieherinnen und Bezieher unterer Einkommen erhalten 600 Euro, mittlerer Einkommen 400 Euro und höherer Einkommen 300 Euro. Auszubildende, Schüler und Praktikanten erhalten 225 Euro. Ärztinnen und Ärzte sind von der Auszahlung wie auch im Öffentlichen Dienst ausgenommen.

Eine Einigung auf eine Corona-Einmalzahlung in der Caritas schien zwischenzeitlich fraglich:

Die Caritas Dienstgeberseite hatte die Prämie zunächst von der Annahme ihrer Forderungen in der laufenden Tarifrunde abhängig gemacht. In der gestrigen Sitzung der Bundeskommission erhielt der Antrag der Caritas Mitarbeiterseite nach stundenlangen Verhandlungen schließlich doch die notwendige Mehrheit.

#### **Thomas Rühl, Sprecher der Caritas Mitarbeiterseite:**

„Wir sind sehr froh, dass die Corona-Prämie für die Caritas endlich kommt. Das ist ein gutes Zeichen der Anerkennung geleisteter Arbeit unter schwierigen Bedingungen.“

*Weiter auf Seite 2 „Tarifverhandlungen gehen weiter“*

## **Tarifverhandlungen gehen weiter**

In der laufenden Tarifrunde der Caritas sind die Dienstgeber- und die Mitarbeiterseite in dieser Woche täglich zusammengekommen. Zu einer Einigung reichte es dennoch nicht.

Beide Seiten haben sich in der Frage der Entgelterhöhung auf dem Niveau des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst bereits angenähert. Große Hindernisse liegen nach Auffassung der Caritas Mitarbeiterseite aber weiterhin in dem umfangreichen Forderungspapier der Dienstgeber, das in vielen Punkten Einschnitte in wesentliche Leistungen und in Ansprüche der Beschäftigten enthält, etwa Abschaffung von Beihilfen und Übergangsgeld, Reduzierung freier Tage, Unsicherheiten für Fahrdienste, Alltagsbegleiter und Betreuungskräfte.

### **Thomas Rühl:**

„Selbst die von den Dienstgebern vorgeschlagene höhere Pflegezulage entpuppt sich als Mogelpackung, wenn sie dafür andere Zulagen streichen wollen. Sie sprechen von einem attraktiven Angebot, wollen aber für einfache Gehaltssteigerungen Rückschritte in den Arbeitsbedingungen durchsetzen. Bislang liegt uns von den Dienstgebern noch kein zustimmungsfähiges Angebot vor. Wir werden keine faulen Kompromisse eingehen. Ein Tarifbeschluss, der hinter dem Öffentlichen Dienst zurückbleibt und von dem die Beschäftigten in der Caritas nichts haben, wird es mit uns nicht geben. Wir sind bereit, weiter zu verhandeln.“

## **Hintergrund ak.mas**

Die Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission (ak.mas) des Deutschen Caritasverbandes gestaltet als Interessenvertretung der Mitarbeitenden gemeinsam mit den Dienstgebern auf dem "Dritten Weg" der katholischen Kirche die Tarifentwicklung und das Arbeitsrecht für die über 650.000 Beschäftigten in rund 25.000 Einrichtungen und Diensten der Caritas in Deutschland.

## **KONTAKT**

### **ak.mas Leitungsausschuss**

Rolf Cleophas, Pressesprecher  
015 77 - 534 2006  
rolf.cleophas@gmail.com

### **ak.mas Pressestelle**

Torsten Böhmer  
015 16 - 58 51 511  
torsten.boehmer@caritas.de

Reinhardtstr. 44 - 10117 Berlin  
www.akmas.de  
Twitter @akmas\_caritas